

Angiebigepresse: Ein Millimeter hohe der 22 Millimeter breiten Spalte im Wingenetisch Grundpreis 7 Kop., der 85 Millimeter breiten Spalte im Textteil 60 Kop., sonst laut Preisliste R. 6, Rechtslocher R. — Für die Aufnahme von Angiebig an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. — Schluß der Angiebig-Einnahme 9½ Uhr vormittags. Geheire Angiebig müssen spätestens einen Tag vor dem Einreichungstage aufgegeben werden.

86. Jahrgang.

Wehrpflichtpläne in England.

Vorbereitungen für den totalen Krieg. — Konservative fordern Nationalregister für alle Dienstfähigen. — Die Gewerkschaften machen Schwierigkeiten.

Verstärkte Rüstungspropaganda.

zu Berlin, 1. Juni. (Großbericht unserer Berliner Weisung.) In England hat die Antikriegung des Verteidigungsministers Sir Thomas Austip, daß die englische Regierung im Falle der Kriegsfälle die allgemeine Wehrpflicht einführen werde, großes Aufsehen erregt. Sie hat zu Anfragen im Parlament, große Antworten gegeben, auf die Chamberlain auch antwortete. Die Ministerpräsident hat, wenn auch in vorfichtiger Form, die Antikriegung des Verteidigungsministers doch in dem Sinne bestätigt, daß dem Parlament im Ernstfalle eine derartige Vorlage gegeben werde. Eigentlich kann eine solche Antikriegung niemanden überlassen. Es hat sich vielmehr in der letzten Zeit immer wieder gezeigt, daß sich England mit großer Gründlichkeit auf den Ernstfall vorbereitet. Es besteht eine Kommission, die mit dem Ausbau der drei Wehrmachtsteile, des Organisations des ganzen Aufbaus, es sorgt für die Erzeugung ausreichender Lebensmittelvorräte, für die Kriegsmaschine ist auch schon ein großer Aufwand gemacht. Alle Maßnahmen zeigen klar, daß sich England auf einen totalen Krieg vorbereitet, in dem schließlich nichts mehr zu scheitern scheint. In, es sind sogar Vorbereitungen, die auch eine Frauenorganisation zu schaffen, durch die auch eine Frau im voraus für den Kisten ausgebildet werden soll, den sie im Ernstfall zu treffen haben würde. Daß bei diesem Stand des englischen Rüstungslebens die Antikriegung der Kriegsbefähigung nicht nur die Wogen der Erregung so hoch gehen läßt, ist eigentlich erstaunlich und wohl mehr auf die Befürchtung zurückzuführen, daß die allgemeine Wehrpflicht bereits im Frieden eingeführt werden könnte. Demgegenüber hat aber die englische Regierung stets den Standpunkt vertreten, daß die Wehrpflicht im Frieden nicht ohne eine entsprechende Mitarbeit der Wähler, d. h. also mit ohne eine entsprechende Zustimmung der Wähler, eingeführt werden würde. So steht der England aber auch die Wehrpflicht im Frieden ab, so kann es auch gar keinem Zweifel unterliegen, daß im Ernstfall trotz der Wehrpflicht für die Einführung der Wehrpflicht finden wird. Eine Anzahl Konferenzen bringen den Ministerpräsidenten und die schon, die notwendigen Vorbereitungen zu treffen, und eine künftige Revision zu schaffen, in dem alle Personen eingeschrieben werden sollen, mit genauen Angaben darüber, zu welchem Kriegsdienst sie sich am besten eignen.

Angedacht dieser neuen Rüstungsbedürfnisse kommt naturgemäß der Haltung der englischen Gewerkschaften eine besondere Bedeutung zu. Es ist bekannt, daß die englische Regierung verständig die Rüstungsarbeiten der befreundeten Durchsicht der Rüstungsprogramms heranzuziehen und es ist ebenso bekannt, daß die Gewerkschaften ihre Aufgaben von politischen Zugewandten der Regierung abhängig machen wollen. So hat auch gestern der Nationalauslaß der Mechaniker eine Entlassung angenommen, in der die Mitarbeit bei der befreundeten Luftaufstellung solange abgelehnt wird, solange Australien seine Waffen von England erhält. Wenn man auch wohl annehmen darf, daß damit noch nicht das letzte Wort der Gewerkschaften gesprochen ist, sondern daß noch weitere Verhandlungen zwischen der Regierung und den Gewerkschaften stattfinden werden, so ist doch die Tatsache, daß auch die Mechaniker find eine der wichtigsten in Frage kommenden Arbeiterorganisationen —, daß die Arbeiterkassell verachtet, einen starken Druck auf die Außenpolitik des Landes auszuüben. Schon aus diesem Grunde verdienen die Beschlüsse auch außerhalb der Grenzen Englands Interesse. Ihr Wortlaut zeigt, daß die Gewerkschaften an der Außenpolitik nach Genuß Rezept teilnehmen und die Regierung immer wieder der „Falschheitfreundlichkeit“ beschuldigen. Zum anderen ergibt sich aus den Beschlüssen, daß die befreundete Durchsicht des Luftaufstellungsprogramms an erster Stelle der Schwierigkeiten steht. Das dürfte andererseits die Regierung zu ernstlichen Überlegungen, Rüstungspropaganda noch weiter zu betreiben, zu veranlassen. Es ist nicht zu bezweifeln, daß die Gewerkschaften, die in London an der Rüstungsarbeit betreiben und damit des Rüstungsbedarfes noch weiter zum Steigen bringen wird.

Noch keine Flugzeugbestellungen in U.S.A.

London, 31. Mai. Die Kommission, die das englische Vaffirmationsministerium nach den Vereinigten Staaten und nach Kanada geschickt hatte, um dort die Möglichkeit der Beschaffung von Flugzeugen und Zubehörteilen zu prüfen, ist am Montag wieder in Southampton einetroffen. Der stellvertretende Unterstaatssekretär im Vaffirmationsministerium Self, erklärte ausbrüchlich, die Kommission sei in Amerika keinerlei Verbindlichkeiten eingegangen. Mit der Kommission trafen einige amerikanische Vaffirmationsdirektoren in Verhandlungen in England ein.

Polnisch-rumänisches Bündnis abseits von Genf

Ausbau der militärischen Abmachungen.

Warschau, 1. Juni. (Zusammenf.) Anlässlich der Überbreitung des Beglaubigungsschreibens des kaiserlich-russischen Botschafters in Warschau bringt die „Ruski Wostok“ eine Verlautbarung über das polnisch-rumänische Bündnis, die durch die Form ihrer Verfassung einen amtlichen Charakter erhält.

Die Überbreitung des Beglaubigungsschreibens und gleichzeitig die Bezug des rumänischen Generalkonsulats in Warschau seien Ereignisse, so wird in der Verlautbarung erklärt, die erneut das Gewicht, die Festigkeit und die ständige Weiterentwicklung des polnisch-rumänischen Militärabkommens bezeugen. Das polnisch-rumänische Bündnis ist ein Bündnis, das alle Gebiete der Zusammenarbeit der beiden Staaten und Bevölkerungsgruppen, verbunden sei. Das Bündnis sei ein ausschließliches Verteidigungsbündnis und besitze keinerlei Kennzeichen einer Aggression, irgendwem gerichteten Aggressivität. Das Bündnis sei das Ergebnis der Selbstwehr und habe schon öfters doch den Charakter eines festen Elements für ein dauerndes Gleichgewicht und den Frieden in Europa. Die Unterfertigung der sogenannten kollektiven Sicherheit sichtbar zu werden begann, habe sich die polnische Politik bemüht, zur Normalisierung der Beziehungen zwischen Rumänien und der Sowjetunion beizutragen. Als Ergebnis dieser Bemühungen sei in London zwischen Rumänien und der Sowjetunion am 8. Juni 1933 die Abmachungen über die Neutralität der Aggressoren unterzeichnet worden.

Der Wert der polnisch-rumänischen Zusammenarbeit für den Frieden sei damit klar in Erscheinung getreten. Derzeit wird an die Artikel 1 und 2 des polnisch-rumänischen Verteidigungsbündnisses erinnert, die Polen und Rumänien verpflichten, falls ein Angriff eines Angriffes von außen das gesamte Staatsgebiet und die staatliche Unabhängigkeit einander zu schützen und ferner doch, wenn Polen oder Rumänien Gegenstand eines Überfalles, der auch die eigene Schuld herbeizuführen würde, werden sollen, die eigene Pflicht zu erfüllen, sich unter gegenseitiger Hilfe und Unterstützung zu leisten. Im Geiste dieser Bestimmungen werde das polnisch-rumänische Militärabkommen unaufhörlich weiter aufrechterhalten und befestigt.

Wachsende polnisch-schwedische Freundschaft.

Warschau, 1. Juni. (Kunfsmelung.) Der Sonderbericht-
erstatte der „Gazeta Polska“ sagt in einem Leitartikel die
Ergebnisse des Stockholmer Besuches des polnischen Außen-

ministers Red zusammen. Er betont, die Stockholm Besprechungen hätten die Richtigkeit der Grundzüge der polnischen Politik hinsichtlich der Genfer Liga bestätigt. Die Grundzüge würden von der gesamten schwedischen Öffentlichkeit geteilt und zwar sowohl der rechts eingestellten wie der links eingestellten Partei. Schließlich sei die Fühlungnahme mit den polnischen Außenministern Red mit den letzten beiden diplomatischen Vertretungen sämtlicher baltischen Staaten ein wichtiges Zeichen dafür, daß das Verständnis für die Notwendigkeit der Zusammenarbeit jener Länder wachse, denen die Ostsee in gleicher Weise wichtig sei, und besonders an einer Stillföhrung und Verdröbung der Beziehungen in diesem Abschnitt Europas liegt. Man überlasse nicht, wenn man behaupte, daß während des Besuchs des polnischen Außenministers in Stockholm eine Brücke zwischen dem nördlichen und dem südlichen Ufer der Ostsee im Geiste einer wachsenden Freundschaft zwischen Polen und Schweden geschlagen wurde.

Tschechischer Geldwebel schießt Deutsche nieder.

Neuer schwerer Zwischenfall in Eger.

Eger, 1. Juni. (Zusammenfassung.) In der Gastwirtschaft „Räumlingsballei“ in Eger ereignete sich heute ein Zwischenfall, der für die gegenwärtig in Eger herrschenden Verhältnisse bezeichnend ist. In dem Lokal saßen eine größere Anzahl von Mitgliedern der Sudetendeutschen Partei. Später kam in Begleitung von Sozialdemokraten ein tschechischer Feldwebel in die Gastwirtschaft. Als die Musik den Ueberläufer Marsch spielte, sprang der Feldwebel auf und schlug dem Geiger sein Instrument aus der Hand. Der Gastwirt machte den Feldwebel darauf aufmerksam, daß er sich anständig verhalten oder das Lokal verlassen müßte. Der Feldwebel und die Sozialdemokraten drangen daraufhin mit erhobener Faust auf den Gastwirt ein, so daß die anwesenden Gäste dazwischenpringen und Gewaltthatigkeiten verhindern mußten.

| Die Sünde wider den Frieden

Von Heinrich Karl Kunz.

Die europäischen Völker haben in ihren einzelnen Menschen einen hohen nationalen Bewußtseinseingrad erreicht, an dem Unterdrückung und Assimilierungsversuche scheitern müssen. Der Führer hat die Erkenntnis in seinen Reden mehrfach ausgesprochen, daß die Herrschmacht fremder Völksglieder bedeutet eine Schwächung des Staatsvolkes, gefährdet je nach Ausmaß die innere Einheit, die in der letzten Zeit die Voraussetzung für die Selbstbehauptung ist. Bei der Grenzverletzung läßt sich, auch wenn der beste Wille am Werke gewesen wäre, das Entstehen von Rinderheerden oft nicht vermeiden. Man muß sich nur an die deutschen Streubürger im Südosten zu denken, die sich zum Schwarzen Meer, ja bis zur Wolga hin erstreckten. Bei gutem Willen läßt sich die Rinderheerdenfrage, wie das Beispiel Polens, Ungarns und Jugoslawiens zeigt, politisch regeln. Die Volksdeutschen in diesen Ländern sind zuverlässige Bürger und werden als solche gewertet. Wenn aber ein Staat, wie die Tschechoslowakei, zu 49 Prozent aus Völkern besteht, dann ist der Wille, dieses zusammengerührte Gebilde als Nationalstaat aufzugeben, ein matter Imperialismus, aus der die Unterdrückung der Hälfte der Einwohner in sich schließt. Ein untragbarer Zustand, gegen den sich das Substantendilettantismus, das rund ein Viertel der Bevölkerungszahl stellt, zur Wehr setzt. Konrad Heinen fordert die volle Autonomie, eine weitgehende Selbstverwaltung besonders auf kulturellem Gebiet. Eine Lösung, etwa nach dem Muster der Schweiz. Man sollte denken, daß diese Idee bei den Vertretern des Selbstbestimmungsrechtes der Völker, bei den Humanitäts-Demokraten in Paris und London mit Beifall aufgenommen worden wäre. Aber weit gefehlt! England und Frankreich heißen der tschechischen Herrschaft den Rücken und um alles andere möglich, um die schmerzende Wunde im Herzen Europas einer Aufheilung zu entziehen und um den Unruheherd Prag zu erhalten. Sie scheuen damit dem Frieden, von dem gerade sie so gern sprechen, einen verdammt schlechten Dienst.

Die Gründe für die Haltung der Weltmächte ergeben sich aus der Entstehungsgeschichte des tschechischen Staates. Die Tschechen, die im Westruthen die Zeit zur Abwärtstellung der österreichischen Herrschaft gekommen waren, brachten damals ihren Forderungen nach Frieden in geschlossenen Verbänden zu den Russen über. Als tschechische Legation in London, sie in der zaristischen Armee. Als die Revolution in Rußland ausbrach, schloß sich die Region den Weißen an, verriet aber im entscheidenden Augenblick den tapferen Kozitschak, wofür die Ruten ihr freies Abzug gewährten. In Amerika schloßen die Tschechen mit den Slowaken einen Vertrag, der den letzteren volle Selbstverwaltung und ein eigenes Parlament verschaffte. Als sie, die geographische Unwissenheit Willens ausnützend, in Verlaß eines Staatsbildung durchgeleitet hatten, deren Grenzen sich nach der Richtung des schwächsten Widerstandes willkürlich vorstoben, verlegten sie das Abkommen von Pittsburg, das ein wesentlicher Faktor für die Zustimmung Willens gewesen war. Den Slowaken aber wurde die zugesicherte Autonomie verweigert. Selbst wenn man den Grundsat, das Gefühl in der Politik auszuwählen haben, anerkennt, so läßt doch über den Ruzitsch, mit denen die Tschechen ihre Staatsgründung betreiben, nur reichlich dritter Schatten. Die so entstandene Tschechoslowakei beherrschte ein Minderheiten-geheimnis aus Deutschen, Polen, Rumänen und Slowaken. Sie trug vom Augenblick ihrer Geburt an die Probleme, die heute zur Entscheidung heranreifen, in sich. Die Staatsmänner, die in Verlaß des neuen Landkarte Europas schauten, trafen sich nicht an derartigen „Ankündigungen“. Den großen Hoffern vom Tag eines „Völkerevangeliums“ das gegenwärtigen, einen Staat zu schaffen, der aus seinen Entstehungs-Elementen heraus unbedingt antideutsch tendieren mußte. In dieser Hinsicht haben sich die Väter des Vorläufigen Botschaftsvertrages nicht getäuscht. Die Tschechen empfanden sich bis auf den heutigen Tag als geistiges Werkzeug des Russen und Franzosen. Sie sind auch die einzigen, die Frankreich auf dem Wege, der zum Sozialpaß führte, folgten.

Der Tschechoslowakei, als der Flankendrohung gegen das Reich, gilt das besondere Interesse der Pariser

schießt Deutsche nieder.

Als kurze Zeit darauf der 28jährige verheiratete Kellner, Josef Kraus, und der 20jährige ledige Schlosser Banez die deutsche Gesellschaft verließen, und beim Verabschieden mit erhöhter Hand und dem Gruße „Heil“ grüßten, zog der Feldwebel seinen Revolver und gab gegen die beiden Fortgehenden drei Schüsse ab, die diese in der Rinnengedanken töten, so daß die Männer zusammenbrachen. Der übrigen Gäste bemächtigte sich eine furchtbare Erregung, und es wäre zu einem folgenschweren Zusammenstoß gekommen, da die Menge gegen den Feldwebel vorgehen wollte. Staatspolizisten deutscher Nationalität gelang es, die erregte Menge zu beruhigen und zum Verlassen des Platzes zu veranlassen. Der Feldwebel wurde nachher festgehalten.

Die beiden Verletzten — Panzer wurde die Kniecheibe zertrümmert und Kraus hat einen Stiefhuf in der Anlosgend — wurden in das Egerer Krankenhaus eingeliefert.

Das neue Strafverfahren.

Der Bericht der amtlichen Strafprozeßkommission.

Der Bericht der amtlichen Strafprozeßkommission über das kommende deutsche Strafverfahren, den der Reichsminister der Justiz Dr. Franz Gürtner in der Herausgabe des (H. v. Decker Verlag, G. Schönd, Berlin), zeigt, mit welcher Sorgfalt und tiefgründigen Umficht die Justiz des Dritten Reiches bei der Neuordnung einer Strafverfahrensordnung zu Werke gegangen sind. Es war klar, daß die Erneuerung des Strafrechts auch eine Erneuerung des Strafverfahrensrechts erforderte. Die Strafprozeßkommission hat ihre erste Sitzung Ende 1937 abgehalten. Die zweite Sitzung begann Anfang Mai 1938, und an ihr nahmen bereits angeordnete Richter aus Österreich teil, die von nun ab an der Strafverfahrensordnung des Großdeutschen Reiches ständig mitarbeiten werden. In den grundsätzlichen Ausführungen über die Erneuerung des Strafverfahrens, mit denen Staatssekretär Dr. Freisler die Kommission einleitete, wird besonders zum Ausdruck gebracht, daß die zweckbestimmte Arbeitsordnung, die das Verfahrensrecht darstellt, von dem ideellen Grundgedanken herriert wird, nach Gerechtigkeit zu streben. Strafrecht und Strafverfahren sollen nicht nur dem Volke dienen, sondern das Volk soll an diesem Verfahren auch beteiligt werden. Darum ist das Strafverfahren als eigene Handlung des Volkes aufzufassen und auszubauen.

Entsprechend dieser Grundidee wird einem Angeklagten im Entwurf weitgehende sachliche Verteidigungsmöglichkeit eingeräumt. Die Beweismittel werden ihrer Art nach ihrem Umfang nach eingeschätzt. So ist das nationalsozialistische Strafverfahren von dem Grundgedanken der Beweismittelhaftigkeit beherrscht. Die Beweise selbst werden ohne Bindungen an irgendwelche Beweisregeln frei gewürdigt. Das Volk soll durch Beteiligung von Laienrichtern zu unmittelbaren Mitträgern des Rechtslebens gemacht werden. In der Hauptverhandlung werden die Laienrichter überwiegen, um sicherzustellen, daß wirklich lebendiges Recht gesprochen wird. Ohne Laienrichter soll nur der mit beschränkter Strafgewalt ausgestattete Strafrichter entscheiden. Wo natürlich in Verfahrensorten keine sachliche Feststellung, sondern nur eine rechtliche Auswertung stattfindet, ist eine Beteiligung von Laienrichtern nicht zweckmäßig. Voraussetzung für die Feststellung des Verfahrens ist die absolute Sicherung seiner Führung. Das heißt Klarstellung der Verantwortung voraus. Die Kommission will die Verantwortung für das Verfahren dem Staatsanwalt und für das Hauptverfahren dem Richter übertragen, in dem der Richter eine Sonderstellung einnimmt. Das staatsanwaltschaftliche Vorgehen kennt den Grundgedanken des Verfolgungsweges. Erklärt der Staatsanwalt von einer strafbaren Handlung, so muß er bei genügender Tatverdacht ein Verfahren einleiten und durchführen. Nur unter genau bestimmten Voraussetzungen darf er von der Verfolgung absehen, beispielsweise bei geringer Schuld des Täters. Auch den Vorschlägen der Kommission ist der Staatsanwalt für das Hauptverfahren verantwortlich. Seine Stellung wird dadurch herabgesetzt, daß er das Recht zur Festnahme, zum Erlass des Haftbefehls und zur Vernehmung von Durchsuchungen und Beschlagnahmen erhält. Ebenso hat er das Recht, den Beschuldigten sowie Zeugen und Sachverständige zu vernehmen. Die Abnahme des Eides bleibt dagegen dem Richter vorbehalten.

Die Vorrichtungen, die die sachliche und ärztliche Zuständigkeit regeln, leben folgende Entscheidungsgewichte vor: den Amtsrichter als Einzelrichter, das Schöffengericht, die Schöffengerichte und das Schwurgericht. Diese Gerichte unterscheiden sich neben der verschiedenen Besetzung insbesondere durch die verschiedenen Strafmaßstäbe, die ihnen übertragen ist. Die kleine Kriminalität soll dem Amtsrichter als Einzelrichter, die mittlere Kriminalität dem Schöffengericht (1 Berufsrichter, 2 Schöffen) und der schweren Kriminalität dem Schwurgericht (3 Berufsrichter, 6 Geschworene) zugewiesen werden. Im künftigen Recht soll die Privatklage des geltenden Rechts nicht wiederkehren. Ihre Aufgabe wird der Friedensrichter übernehmen, der in erster Linie schlichten soll. In eine Schlichtung nicht möglich, dann soll der Friedensrichter auch richten. Ist eine gütliche Erledigung neben vor dem Schlichter noch vor dem Friedensrichter möglich, dann erläßt der Friedensrichter einen Friedenspruch, in dem u. a. eine Friedensstrafe in Geld, eine Verwarnung oder sonst eine Friedensbürgschaft festgelegt wird. Der Volksgerichtshof bleibt als einziginstanzliches Gericht ebenso wie die Oberlandesgerichte bestehen. Der Volksgerichtshof ist befugt, Sachen an die Senate der Oberlandesgerichte abzugeben, die in Zukunft ebenfalls mit Laienrichtern besetzt sein sollen. Die Oberlandesgerichte erhalten auch bestimmte Sachen, wie Aburteilung von Angriffen auf die Ehre des deutschen Volkes durch Verunglimpfung des Volkes, des Führers, des Reiches, der Partei, der Wehrmacht usw. zugewiesen. Die heutigen Sondergerichte werden dadurch überflüssig.

Dem Verteidiger sollen auch im künftigen Strafverfahren wichtige und unerlässliche Aufgaben zufallen. Er soll der



Der neue Schweizer Gelände in Berlin. Dr. Hans Frickler, traf in Begleitung seiner Tochter auf dem Zentralbahnhof Berlin-Tempelhof ein, wo als Vertreter der Reichsregierung der Stellvertretende Chef des Protokolls Geheimrat Bolke zu seiner Begrüßung erschienen war. (Scherl-Wagenborg-M.)



Der ungarische Industrieminister in der Reichshauptstadt. Ungarns Industrieminister Bornemissa traf auf Einladung der Deutschen Arbeitsfront in Berlin ein. — Reichsorganisationsleiter Dr. Lenk bearbeitet den Gast auf dem Anhalter Bahnhof. (Scherl-Wagenborg-M.)

kundige Sachwalter des Beschuldigten sein, aber auch er hat der Ermittlung der Wahrheit zu dienen, und so zu einer gerechten Urteilsfindung beizutragen. Er muß die Treupflicht gegenüber dem Beschuldigten und die Treupflicht gegenüber der Gemeinschaft sorgfältig und gewissenhaft gegeneinander abwägen. Im Interesse der Wahrung der Rechtseinheit wird die Urteilsrüge eingeführt, die anstelle der bisherigen Revision treten wird. Das künftige Recht wird nach den Vorschlägen der Kommission neben den ordentlichen Rechtsmitteln auch die Wiederaufnahme des Verfahrens kennen. Die künftige Strafverfahrensordnung legt dem Schlichter der Ehre, dem höchsten Gut des einzelnen Volksgenossen innerhalb der Volksgemeinschaft, eine besonders große Bedeutung bei. Die Strafprozeßkommission schlägt daher ein besonderes Verfahren

für den Ehrenschlichter des Verletzten vor. Dieses Verfahren bezweckt die Wiederherstellung des Rufes des durch eine Ehrenkränkung Verletzten auch für die Fälle, in denen der Verletzte nicht zu Strafe verurteilt werden kann. Eine weitere grundlegende Neuerung besteht in der Entschädigung des Verletzten. Danach soll in Zukunft der Verletzte das Recht haben, im Rahmen eines Strafverfahrens vom Täter Entschädigung zu verlangen, wenn der Entschädigungsanspruch aus einer strafbaren Handlung erwachsen ist. Dieses Verfahren soll dem Verletzten die Verfolgung seiner Schadenersatzansprüche erleichtern; die Kommission hat die Ansprüche der Höhe nach auf die zur Zuständigkeit des Amtsgerichts gehörenden Ansprüche, also auf 500 RM, begrenzt. Die den Anspruch zu erkennende Entscheidung soll einer in einem bürgerlichen Rechtsstreit ergehenden Entscheidung gleichstehen, also vollstreckbar sein.

Nationale Fortschritte an der Mittelmeer-Küste.

5000 Gefangene in drei Tagen.

Salamanka, 1. Juni. (Kunfmebung.) Der nationale Heeresbericht meldet auch am Dienstag von anhaltenden Angriffen der Bolschewiken an der katalanischen Front. Die Angriffe wurden — ebenso wie die bisherigen — mit großen Verlusten für den Feind abgewiesen.

An der Teruel-Front unternahmen die nationalen Truppen im Abschnitt Mosqueruela in der vergangenen Nacht einen überraschenden Angriff, der vollständig glückte. Die Angreifer vertrieben die Bolschewiken aus zahlreichen Stellungen und besetzten die Höhen nördlich der Straße nach Mora. Nach Tagesanbruch ließen sie den Vormarsch fort und eroberten die Ortschaften Linar de Mora und Puerto Mingalva. Außerdem übernahmen sie sieben bolschewistische Stellungen, die hintereinander angelegt waren.

Im Luftkampf wurden am Dienstag 14 Sowjetflugzeuge abgeschossen.

Die Sowjet-Luftflotte setzte am Dienstag die Reihe ihrer verheerenden Angriffe auf nichtmilitärische Ziele fort und bombardierte Palma de Mallorca. Die Bomben trafen eine Mittelschule. Glücklicherweise waren keine Todesopfer zu beklagen, weil die Schüler, durch den rechtzeitig Alarm gewarnt, sich in die Unterhöhlen gerettet hatten.

Der Frontberichterstattung teilt mit, daß die Gesamtzahl der Gefangenen an der Teruel- und Castellon-Front in den letzten drei Tagen über 5000 betragen habe. Der Vormarsch der nationalen Truppen gegen den von den Bolschewiken besetzten Teil der Mittelmeerküste zwingt die Sowjets immer wieder zur Rücknahme der Linien und zu überhasteten Umgruppierungen. Wie schon bekannt wird, beabsichtigen die Sowjets, längs des Flusses Ebro im Süden der Stadt Castellon eine Verteidigungslinie zu schaffen, woraus hervorgeht, daß die Bolschewiken ihre jetzigen Stellungen für unhaltbar ansehen. Im übrigen ist nunmehr die gesamte Provinz Castellon von den Sowjets zum Kriegsgebiet erklärt worden.

Der Besuch der deutschen Flieger in Belgrad.

Generalmajor Förster bei Stojadinowitsch.

Belgrad, 31. Mai. Ministerpräsident und Außenminister Dr. Stojadinowitsch empfing heute den Führer der deutschen Fliegerabteilung, Generalmajor Förster, und unterhielt sich mit ihm sehr eingehend. Generalmajor Förster

brachte dabei seinen besonderen Dank für die überaus prächtige Aufnahme zum Ausdruck.

Das allgemeine Gesprächsthema unter den deutschen und jugoslawischen Offizieren bildete die Ansprache des Befehlshabers der jugoslawischen Luftwaffe, Armeegeneral Simowitsch, auf dem Bankett, das er gestern Abend zu Ehren der deutschen Flieger gegeben hatte. Dabei führte Armeegeneral Simowitsch u. a. aus: „Der Besuch eines Geschwaders des befreundeten und befreundeten Deutschen Reiches ist für uns eine besondere Ehre. Dieser Besuch ist auch deshalb sehr wichtig, weil er uns eine direkte Verbindung mit den mächtigen Luftstreitkräften Ihrer großen Heimat vermittelt, deren kühnen Fortschritt auf allen Gebieten wir mit Bewunderung verfolgen. Dieser Besuch ist uns ein bemerkenswerter, als er das gegenseitige Kennenlernen unserer Luftwaffen und unserer Völker ermöglicht, was von unschätzbarem Wert für die künftigen Beziehungen unserer beiden Nationen sein wird.“

Zum Schluß seiner Rede bat Armeegeneral Simowitsch die Gäste nach der Rückkehr in die Heimat dem Oberbefehlshaber der deutschen Luftwaffe gegenüber Dolmetsch der jugoslawischen Sympathien und aufrichtigen Wünsche für den weiteren Fortschritt der deutschen Fliegerei zu sein und dem deutschen Volke das Gefühl und den Wunsch nach guter Nachbarschaft zu übermitteln.

Generalmajor Förster dankte für diese ehrlichen Wünsche und bemerkte, daß er und seine Männer von der jugoslawischen Volksgemeinschaft tief beeindruckt seien und daß sie vor allem hoffen, daß die Bande der Waffenkameradschaft weiter gepflegt werden und die jugoslawische Luftwaffe in nächster Zeit einen Gegenbesuch in Deutschland machen wird.

Am Dienstagabend veranstaltete der deutsche Gesandte von Heeren einen großen Empfang zu Ehren der deutschen und jugoslawischen Flieger. Am Mittwochmorgen um 9 Uhr startete das Geschwader zum Rückflug, wobei in Budapest eine mehrstündige Zwischenlandung vorgenommen wurde.



Der Tag der nationalen Solidarität für das nationale Spanien in Rom.

Am 12. Jahrestag der schicksalhaften Ausbebung (der Tag, an dem der junge Jahrgang in die Ballade aufgenommen wird), wurde, wie bereits gemeldet, als Tag der Solidarität für das nationale Spanien in ganz Italien gefeiert. Unter Bild: Der Vertreter General Franco, General William Milla (Mitte) bringt während der Jugendkundgebung im Forum Mussolini ein Hoch auf das italienische Italien aus; rechts neben ihm der Duce und links Außenminister Graf Ciano.

(Weltbild-M.)

Neuser & Co.
Wiesbaden, nur Ecke Friedrichstraße u. Neugasse

rd eine Verlesung gemacht,
Dann gibt man die in Stübe
des Müggs alle Juteln
m aus. Von dem Rest formt
nuten bei guter Mitteltage.

Zu der zum Kochen, nimmt
Hühner läßt man den Kren
eine Haut bildet, streicht ihn
ih Darschicht aufgelöste und
erfaret, muß die Lorte recht
Bitter anzuwenden.

